

NEIN ZUR ARMEE

Mehr als 1.000 Israelis verweigerten Armeedienst

Mehr als 1.000 Israelis haben nach Angaben des israelischen Netzwerks New Profile im vergangenen Jahr die Einberufung in die Armee verweigert. "Seit dem Beginn des Krieges in Gaza sind es noch mehr", sagte eine Mitarbeiterin des Netzwerks, die ihren Namen nicht veröffentlichen möchte, dem Evangelischen Pressedienst (epd).

13.07.2024 | epd | [Unheil und Bewältigung](#)

New Profile ist nach eigenen Angaben eine 1998 gegründete feministische Bewegung in Israel, die sich gegen die Militarisierung des Landes und für eine friedliche und gerechte Gesellschaft einsetzt. Sie sammelt Informationen, betreibt Bildungsarbeit und berät Kriegsdienstverweigerer. "Jeder, der die tapfere Entscheidung trifft, sich dem Einberufungsbescheid zu widersetzen oder den Militärdienst abubrechen, ist unabhängig von der politischen Meinung für uns ein Verweigerer aus Gewissensgründen", betonte die Mitarbeiterin.

In Israel gebe es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, erläuterte die Aktivistin, die selbst aufgrund ihrer Verweigerung mit 18 Jahren viereinhalb Monate im Gefängnis saß. Zwar gebe es die Möglichkeit, sich als Pazifist einer Gewissensprüfung vor einem Komitee zu unterziehen, aber diese könne nur sehr schwer bestanden werden.

LESEEMPFEHLUNG



YAD VASHEM WILL GEDENKEN STÄRKEN

Neues Holocaust-Bildungszentrum in Deutschland?

Daneben könnten Einberufene aufgrund mangelnder Gesundheit oder wegen Unverträglichkeit mit der Armee freigestellt werden. Sonst würden Verweigerer zu mehrwöchigen oder mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt. In der Öffentlichkeit werde Verweigerern vorgeworfen, "Verräter" zu sein und sich nicht für die Gesellschaft einzusetzen. Bestimmte Gruppen seien vom Militärdienst ausgenommen, wie Schwangere, Mütter und religiöse Juden.

Seit Beginn des Krieges in Gaza seien 350.000 Reservisten in die Armee einberufen worden, sagte die Aktivistin. Die Gesellschaft werde auf vielerlei Weise militarisiert: Im Radio, in Liedern, in der Kunst, an Schulen, durch Anzeigen oder Denkmäler. Angst und Trauer vieler Menschen spielten der nationalistischen Politik der Regierung in die Hände. In den ersten Monaten nach Kriegsbeginn hätten rechtsextreme Gruppen Menschen bedroht, die sich in Social Media gegen den Krieg ausgesprochen hatten. Dennoch sprächen viele Israelis, die nicht am Krieg teilnehmen wollten, New Profile an. Das Netzwerk informiere über die Rechtslage und gewähre mentale Unterstützung.

MEHR ZU NAHOSTKONFLIKT

LANDESSYNODE SPRICHT ÜBER AFD

Gohl: Angriffe auf AfD-Politiker nicht zu rechtfertigen

Tätliche Angriffe auf Politiker sind laut Landesbischof Gohl durch nichts zu rechtfertigen. "Das gilt selbstverständlich auch für Angriffe auf Politiker der AfD", sagte Gohl vor der württembergischen Landessynode. E

UN-BERICHT ZU NAHOST-KONFLIKT

Israel und Hamas für Kriegsverbrechen verantwortlich

Es sind schwerwiegende Vorwürfe: Eine vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte Untersuchungskommission macht Israel und die Hamas für Kriegsverbrechen verantwortlich - darunter Angriffe auf Zivilisten und sexua-

lisierte Gewalt.

THEMEN

[Israel](#) | [Kriegsdienstverweigerung](#) | [Nahostkonflikt](#)